

Land Baden-Württemberg
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

**Öffentliche Bekanntmachung
des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Baden-Württemberg zum atomrechtlichen Erörterungstermin in dem
Verfahren nach § 7 Abs. 3 des Atomgesetzes (AtG) zur Stilllegungs-
und Abbaugenehmigung (SAG)
für das Kernkraftwerk Philippsburg 2 (KKP 2)**

Gemäß § 20 Abs. 2 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 180), die zuletzt durch Artikel 2 Abs. 20 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, ist im vorliegenden Verfahren die AtVfV in der vor dem 16. Mai 2017 geltenden Fassung maßgeblich.

Hiernach wird gemäß § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AtVfV bekannt gemacht:

Die EnBW Kernkraft GmbH mit Sitz in 74847 Obrigheim, Kraftwerkstraße 1, hat mit Schreiben vom 18. Juli 2016, aktualisiert bzw. geändert mit Schreiben vom 15. Mai 2017 die Erteilung einer Genehmigung nach § 7 Abs. 3 AtG zur Stilllegung und zum Abbau des Kernkraftwerks Philippsburg Block 2 (KKP 2) beantragt.

Das Vorhaben wurde am 23. März 2018 öffentlich bekannt gemacht, verbunden mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben innerhalb der Auslegungsfrist des Antrags und der auszulegenden Unterlagen vom 9. April 2018 bis zum 8. Juni 2018 vorzubringen.

Der Erörterungstermin zu den im oben genannten Vorhaben erhobenen Einwendungen beginnt am Dienstag, den 25. September 2018, um 10:00 Uhr in der

Bruhreinhalte Huttenheim, Am Schulplatz 6 in 76661 Philippsburg.

Einlass ist ab 08:30 Uhr. Falls erforderlich wird die Erörterung am 26., 27. und 28. September 2018 fortgesetzt.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg als Genehmigungsbehörde wird die rechtzeitig erhobenen Einwendungen mit der Antragstellerin und denjenigen, die diese Einwendungen erhoben haben, mündlich erörtern.

Der Erörterungstermin dient dazu, diese Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann. Er soll denjenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit geben, ihre Einwendungen zu erläutern. Die Einwendungen werden nach Themengebieten zusammengefasst erörtert.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich. Der den Erörterungstermin leitende Vertreter der Genehmigungsbehörde (Verhandlungsleiter) entscheidet darüber, wer außer der Antragstellerin und denjenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, an dem Termin teilnehmen kann (§ 12 Abs. 1 AtVfV). Es wird eine Einlasskontrolle stattfinden. Die Teilnehmer sollen sich durch ein amtliches Dokument ausweisen können.

Einwendungen werden in dem Termin auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg beabsichtigt, eine Woche vor dem Erörterungstermin die Tagesordnung auf seiner Homepage bekannt zu geben.

Stuttgart, 2. August 2018

Az.: 3-4651.22-31

gez. Dr. Scheitler

Ministerium für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft
Baden-Württemberg